

Unterrichtung

(zu Drs. 17/3435 Nr. 1, 17/3751 und 17/4617)

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Hannover, den 10.11.2015

Herrn
Präsidenten des Niedersächsischen Landtages
Hannover

Steigende Cyberkriminalität, salafistische Internetpropaganda und Datenspionage - Wie können Niedersachsens Polizei und Staatsanwaltschaften die Bürgerinnen und Bürger wirksam schützen?

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann, Angelika Jahns und Editha Lorange (CDU) in der Drucksache 17/3435 Nr. 1, Unterrichtungen in den Drucksachen 17/3751 und 17/4617

63. Plenarsitzung im 23. Tagungsabschnitt am 13. Mai 2015, Tagesordnungspunkt 22

Sehr geehrter Herr Präsident,

wie mit Schreiben vom 28. Oktober 2015* erläutert, wurde im Zusammenhang mit der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage in Bezug auf die quantitative Erhebung von Sachverhalten durch das Landeskriminalamt Niedersachsen, bei der Sachverhalte wegen fehlender Verbindungsdaten nicht, verspätet oder nur teilweise aufgeklärt werden konnten, im Hinblick auf die erfolgte Beantwortung mit Drs. 17/3751 abweichende Mengengerüste bekannt.

Der Landesregierung liegen auf Basis der Berichterstattung des Landeskriminalamtes Niedersachsen die nachfolgend abgebildeten Daten im Sinne der Fragestellung („Wie viele Straftaten des Katalogs nach § 100 a StPO konnten in den Jahren 2012, 2013 und 2014 wegen fehlender Verbindungsdaten nicht, verspätet oder nur teilweise aufgeklärt werden?“) vor:

Aufklärung	2012	2013	2014
nicht möglich	23	8	15
teilweise	1	5	13
erst zu einem späteren Zeitpunkt bzw. wesentlich erschwert möglich	1	2	9

Ich bitte um entsprechende Korrektur.

Mit vorzüglicher Hochachtung
In Vertretung

Stephan Manke

(Ausgegeben am 24.11.2015)

*siehe Drs. 17/4617